

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Gedenken am 8. Mai einbeziehen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Vorbereitung des 80. Jahrestages des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus,

1. die neben Russland weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion anzufragen, welche Bedeutung das Gedenken am 8. Mai 2025 für sie hat und wie sie in Veranstaltungen in Berlin einbezogen werden möchten.
2. die neben Russland weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion anzufragen, welche Bedeutung die Gedenkstätten in Tiergarten, Treptow und Schönholz für sie haben und ob es ein Interesse an Erläuterungen an den Gedenkortern zur Rolle der einzelnen Volksgruppen der Sowjetunion gibt.
3. in den Gedenkstätten darüber zu informieren, dass alle Völker der Sowjetunion an der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus unter größten Opfern teilgenommen haben.
4. in den Gedenkstätten in geeigneter Form zu erläutern, dass die Symboliken und Texte an den Mahnmalen angesichts der historischen Entwicklung einem veränderten Kontext unterliegen.

### ***Begründung***

Die Befreiung vom Nationalsozialismus verdankt das Land Berlin den Alliierten und insbesondere der Roten Armee, die unsere Stadt im Mai 1945 eingenommen und die NS-Gewaltherrschaft beendet hat.

Die Sowjetunion hat sich nach 1990 aufgelöst. Russland sieht sich als Nachfolger. Dabei gerät beim Gedenken an die Befreiung aus dem Blick, dass die Sowjetunion aus vielen Nationen

bestand und dass es Kriegsgräber von Russen, Ukrainern, Usbeken und diversen anderen Nationen gibt.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beeinflusst auch das Gedenken an die Befreiung in Berlin. Russland hat durch den Überfall ein gemeinsames Gedenken unmöglich gemacht.

Das Land Berlin begeht jedes Jahr mit hochrangigen Delegationen den 8. Mai an den verschiedenen Gedenkort. Angesichts des bevorstehenden 80. Jahrestages muss deshalb rechtzeitig vorab geklärt werden, wie die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion dabei angemessen einbezogen werden können.

Die drei großen Gedenkort werden vom Land Berlin gepflegt und denkmalgerecht instand gehalten. Grundlage dafür sind Verträge in der Folge der 2+4 Verhandlungen. Deshalb ist das Land Berlin auch gefordert, an den Gedenkort notwendige historische Erläuterungen und Einordnungen vorzunehmen.

Berlin, den 22. Oktober 2024

Jarasch      Graf      Otto  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen